Ausgabe für Groß-Berlin
Abendblatt

10 Goldpfennig.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Sonnabend, 1. November 1924.

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstraße 32. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—88, 5980—88. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. ::::: Bezugspreis: 4.35 Goldmark monatlich. :::::

Tägliche Rundschau

Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstraße 46. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0.40 Goldmark je 33 mm breite Millimeter-Zeile. Beiblattanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

i. 11. a. Nr. 517 10 Goldpfennig
63. Jahrgang.

Ein Segelschiff ohne Segel.

Unwälzende Erfindung in der Seeschiffahrt.

Der durch die Konstruktion eines neuen Ruders allgemein bekanntgewordene Herr Anton Flettner, Direktor des Instituts zur Kreis- und Hydrodynamik Aerkenbau, und des in Berlin domizilierenden Flettner-Konzerns, hat eine weitere epochemachende Erfindung auf dem Gebiete der Seeschiffahrt gemacht: ein Segelschiff ohne Segel.

Soeben erhalten wir aus Kiel ein Telegramm, daß mit der neuen Anlage ausgerüstete ehemalige Schoner Buckau von der ersten größeren Versuchsfahrt in See mit bestem Erfolg zurückgekehrt ist. Der Umbau wurde auf der dortigen Germania-Werft vorgenommen.

Es handelt sich um die Ausnutzung ganz neuer und hochinteressanter aerodynamischer Forschungen, d. h. Untersuchungen über den Einfluß von Windströmungen auf bestimmte ruhende und bewegte Körper, die auf Veranlassung des Flettner-Konzerns in der aerodynamischen Versuchsanstalt in Göttingen nachgeprüft und ausgebaut wurden. Das praktische Experiment hat nunmehr die Theorie und die Laboratoriumsversuche glänzend bestätigt. Das Schiff besitzt zwar noch eine Maschine, die man aber nur als Hilfsmaschine bezeichnen kann. Die Masten, die urkräftig wie die Segel trugen, sind in turmartige Körper umgewandelt, auf die der Wind unter bestimmten Bedingungen, die in der Hand der Schiffsführung liegen, seine Wirkung ausübt und damit dem Schiff den Vortrieb erteilt.

Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus ist die Bedeutung der an sich äußerst einfachen Konstruktion, auf die wir auch in unserer technischen Beilage noch zurückkommen werden, noch gar nicht zu übersehen. Man darf aber jetzt schon sagen, daß hier zum ersten Male seit mehr denn tausend Jahren ein wirklich epochemachender Fortschritt in der Ausnutzung des Windes für die Schiffahrt vorliegt, der besonders für den Frachtenverkehr auf See eine ganz erhebliche Verbilligung verspricht. Wir sind abermals Zeuge der Geburt einer hervorragenden technischen Gesetzes, die auf den gesamten Weltwirtschaftsverkehr der Völker einen großen und segensreichen Einfluß ausüben wird.

Die Steuermäßigungen.

Ueber das Finanzprogramm der Regierung laufen eine große Anzahl von Nachrichten durch die Presse, die sich zum Teil widersprechen, zum Teil überhaupt völlig unverständlich sind. Da die offiziellen Stellen aus Gründen der Vertraulichkeit der Verhandlungen nach wie vor Stillschweigen über ihre konkreten Absichten bewahren, so bleibt nichts anderes übrig, als aus dem bisher schon vorliegenden Material das Richtige vom falschen zu sondern. Das ist auch bis zu einem gewissen Grade möglich, wenn man sich vergegenwärtigt, was im Augenblick überhaupt durchgeführt werden kann, wo der Reichstag nicht versammelt ist, und wenn man sich nach den allgemeinen Linie orientiert, nach der die staatliche Wirtschaftspolitik zurzeit verläuft.

Da der Reichstag nicht versammelt ist, ist es selbstverständlich unmöglich, im Augenblick mit Gesetzentwürfen herauszukommen, die in ihrer Gesamtheit eine wirkliche Finanzreform bedeuten würden. Man darf aber erwarten, daß dem neuen Reichstag nach seinem Zusammentritt ein durchgreifendes Finanzprogramm vorgelegt werden soll, das sich eingehend mit Steuerreformen großen Stils befassen wird. In Betracht kommen dann u. a. eine Reform der Einkommensteuer, eine Reform der Körperschaftssteuer, eine Reform der Vermögenssteuer und die Reform des Finanzausgleichs.

Gegenwärtig kann auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung eine große Finanzreform natürlich nicht durchgeführt werden. Wohl aber liegt sich die Möglichkeit, auf Grund dieses Artikels gewisse Steuerermäßigungen in Wirtsamkeit zu setzen, die von der gesamten Wirtschaftslage objektiv unbedingt gefordert werden. Dabei kann man, was die Rechtslage anbetrifft, auch auf gewisse Ermächtigungen zurückreifen, über die der Finanzminister zum Zwecke kleinerer Abänderungen der Steuergesetze von früher her noch verfügt. Es wird sich demnach um Steuermilderungen handeln, im Prinzip um das gleiche, was auch im September vorigen Jahres durchgeführt worden ist. Vielleicht in einem erhöhten und verstärkten Maße.

Auch im September vorigen Jahres standen die damals vorgenommenen Steuerermäßigungen wirtschaftspolitisch betrachtet in engstem Zusammenhange mit der damals verfolgten Politik des Preisabbaus. An dieser Politik hat sich bis heute nichts geändert, und zweifellos sind deshalb die jetzt zur Beratung stehenden Steuerermäßigungen in denselben wirtschaftspolitischen Rahmen eingegliedert. Damit ordnet sich die Finanzpolitik der allgemeinen Wirtschaftspolitik auch weiterhin ein und es wird einem lange vertretenen Wunsche der Wirtschaft entsprochen.

Ueber die Einzelheiten ist sowohl was die einzelnen Steuergesetze als auch was die Tarife anbelangt im Augenblick noch nichts Authentisches zu erfahren. Stützt man sich aber auf Nachrichten, die bereits publiziert sind und die die relativ größte Gewähr ihrer Richtigkeit in sich tragen, so dürfte es sich um die Einkommensteuer, die Körperschaftssteuer, die Börsenumsatzsteuer und die Umsatzsteuer handeln. Es würden eben im ganzen die augenblicklich geplanten Maßnahmen sich als vorbereitender Schritt zu größeren zu erwartenden Reformen herausstellen. Auch der Steuerabzug vom Arbeitslohn scheint gewissen Abänderungen unterworfen werden zu sollen.

Stehen die Maßnahmen des Finanzministeriums im Zusammenhang mit der allgemeinen Preisabbaupolitik der Reichsregierung, so ist mit Sicherheit zu erwarten, daß auch diesmal, wie bei früheren Gelegenheiten, von der Wirtschaft gefordert werden wird, daß sie ihrerseits diese Politik mitmacht. Sonderinteressen werden sicherlich dagegen verlangen, um eine Gewähr dafür zu haben, daß die Intentionen der Regierung sich auch durchsetzen. Es ist zum Beispiel zu hoffen, daß man einlässlich der geplanten Ermäßigung der Börsenumsatzsteuer sich mit den Banken über die Höhe der Provisionen ernsthaft unterhält und daß die Banken ihrerseits der Regierung soweit wie möglich entgegenkommen.

Daß der ganze Komplex der Fragen in den gestrigen Besprechungen der Reichsregierung mit den Landesvertretern nicht erledigt worden ist, sondern daß jetzt erst wieder die Reichsratsausschüsse sich mit der Materie befassen müssen, ist sehr zu bedauern. Die Länder sind natürlich infolgen an den zur Erörterung stehenden Steuerermäßigungen stark interessiert, als ja die Ertragnisse der Umsatzsteuer und der Einkommensteuer für sie selber von gewissen finanziellen Folgen begleitet sind. Daraus wird sich wohl letzten Endes ihr Zögern auch erklären. Hier ist also noch ein Widerstand bemerkbar, der überwunden werden muß, nachdem die Länder sich nicht so freiwillig, wie man es hätte erwarten dürfen, in den allgemeinen Gang der Entwicklung einfügen zu wollen scheinen. Wir sind der Meinung, daß der Druck, der sich von der Reichspolitik auf die Finanzpolitik der Länder ausdehnen muß, damit auch sie zu höchster Sparsamkeit in den Ländern sowohl wie den Kommunalverwaltungen gelangen, noch ganz anders als bisher zu verschärfen ist. Und man hätte gewünscht, daß der Kneten bereits gestern energisch durchkneten worden wäre, einerseits um die nun eintretende Verzögerung zu vermeiden, andererseits um gerade in diesen Dingen den finanziellen Notwendigkeiten mit der größten Energie schnellstens zum Siege zu verhelfen.

Das kommende Torykabinett.

Lloyd George und die Zukunft der Liberalen.

mrk. **London**, 1. 11. (Eigenbericht.)

Der König kehrt erst am Montag in die Stadt zurück. Das Kabinett kann gestern allen Anschein nach wieder einmal zu der Ansicht, daß der „rote Brief" echt sein müsse. An der in der nächsten Woche, wahrscheinlich Dienstag, erfolgenden Demission der Regierung wird nicht mehr gezweifelt und auf seiten der Konservativen werden bereits alle Vorbereitungen getroffen. Balfour ist in fortwährenden Besprechungen mit seinen Parteifreunden und dabei, eine Ministerliste zustande zu bringen. Das Wochenende verbringt er auf dem Lande, wo er eine Berufung des Königs abwarten wird. Mac Donald verbringt das Wochenende mit seiner Gattin in Geanies.

Heute beginnt das Großreinemachen in den Ministerien. Nächste Woche findet der Umzug statt, so daß dann die Bahn für die neuen Männer frei sein wird. In der Fluchtwegen wird die gestern vom Kabinettsrat eingesetzte Untersuchungskommission die Sinowjew-Affäre prüfen. Wir werden Dienstag oder Mittwoch wissen, wer nun eigentlich recht hat, das Auswärtige Amt, das noch immer an seinem von Anfang an eingenommenen Standpunkt festhält und auf die Echtheit des Briefes schwört, oder Herr Rakovski. Mac Donald hat nun wieder vor einigen Wochen vorgeschlagen hat, angenommen. Die Kommission wird nun auch festzustellen haben, wie das Dokument in die Oeffentlichkeit gelangte und was an den in der Hitze des Wahlkampfes aufgestellten Behauptungen Wahres ist. Die Opposition oder, wie man nunmehr wird sagen müssen, die Mehrheit hat nichts gegen die Untersuchung einzuwenden, gewordene Untersuchung, da ihr selbst an der Aufklärung liegt.

Bis Mitte der nächsten Woche wird die Frage der Bildung des neuen Kabinetts gelöst sein, die den Führern der Mehrheit um so weniger Schwierigkeiten machen wird, als die Richtlinien für die Politik des neuen Kabinetts durch den überwältigenden Sieg der Konservativen gegeben sind und da die zur Kabinettsbildung herangezogenen Persönlichkeiten keinen Entzitt in die Regierung irgendwelche Bedenken nicht entgegenzustellen haben werden. Der Weg ist so frei wie selten zuvor. Von Verpflichtungen nach irgendwelcher Seite kann keine Rede sein. Die Schlappe der Liberalen scheidet ihren Einfluß für die nächsten Jahre aus. Die werden sich auf innerparteiliche Organisationsarbeit beschränken müssen, um für die nächste Kampagne gerüstet zu sein. Auch in Verbindung mit der Lohnpartei werden sie im neuen Parlament zur Ohnmacht verurteilt sein, ganz abgesehen davon, daß von einer derartigen Zusammenarbeit in Zukunft nicht mehr die Rede sein kann.

Lloyd George bekennt öffentlich, daß die Liberalen mit der Unterstützung der Arbeiter einen schweren Fehler begangen haben. Asquith und Lloyd George treffen heute in London zusammen, um die Zukunft der Liberalen Partei zu erörtern.

Heute Gemeindewahlen in England.

mrk. **London**, 1. 11. (Eigenbericht.)

Heute finden in 335 englischen und Walliser Gemeinden Gemeindewahlen statt, denen sich Anfang nächster Woche die Wahlen in den schottischen Gemeinden anschließen werden. Landere Gemeinden kommen nicht in Frage. Es handelt sich um Ersatzwahlen für den jährlich ausscheidenden dritten Teil der Mandatsträger. Bei letzten Wahlen gewannen die Sozialisten 60 Sitze in den wichtigsten Gemeinden.

52 englische Heimatsschutzgeschwader.

London 1. 11. Luftsteuermarschall Salmond ist für den ab 1. Januar 1925 geschaffenen neuen Posten des Oberbefehlshabers der Luftverteidigung Großbritanniens ausersehen worden. Seine Aufgabe wird u. a. die Aufstellung der gemäß der im vorigen Jahr angenommenen Plan vorgesehenen 52 Heimatsschutzgeschwader sein.

Fühlungnahme mit Herriot?

Drei angebliche Thesen Baldwins.

sf. **Paris**, 1. 11. (Eigenbericht.)

In der Stellungnahme der führenden französischen Blätter zu den neuen Konservativen zeigt sich der außenpolitische Gesichtspunkt vom innerpolitischen Streit hervorhebt. Ziemlich allgemein wird die Mitteilung Mac Donalds für Dienstag erwartet und ebenso die Erwartung Baldwins. Auch unterscheiden heute schon die Blätter zwischen der Mandatsverteilung des Unterhauses (?), das Unterhaus(?) gebieten den Konservativen) und der Gesinnungsänderung des englischen Volkes, wo die Konservativen etwas weniger als die Hälfte, die Arbeiter etwas mehr als ½ und die Liberalen rund ¼ ausmachen.

„Matin" hat seinen bekannten halboffiziellen Berichterstatter schon vor einigen Tagen nach England entsandt. Heute meldet er nun, daß die Konservativen mit der Haltung des offiziellen Frankreichs unzufrieden sind, und er meint, daß es nützlich wäre, sich über diese Differenzen auszusprechen, um sie zu beseitigen. Angeblich soll Baldwin vor einigen Tagen Herriot bereitet mitgeteilt haben:

1. Herriot denk: sich zu sehr an Mac Donald, der vollständig geschlagen werden würde.

2. Herriot lasse sich zu weit mit Rußland ein, während das neue England die bisherigen Konzessionen eher herabsetzen werde.

3. Herriot komme Deutschland weiter entgegen, als England dies zu tun beabsichtige.

„Echo de Paris" fügt natürlich hinzu, daß Herriot nun ebenfalls weichen müsse. „Matin" erfährt von „Evening Standard", der angeblich Briand als Nachfolger Herriots vorschlägt. Das französische Blatt weist diesen Eingriff in französische Verhältnisse zurück und hofft, daß Poincaré den Gegnerern für die französischen Konzessionen gehe. (Sicherungen und Schutzzollzusage.) Hier werde auf Genf kein zu großes Gewicht gelegt werden. „Petit Parisien" glaubt, daß Baldwin die Verständigungen Mac Donalds schlucke. Rußland gegenüber werde er die diplomatischen Beziehungen beibehalten, den Vertrag aber nicht ratifizieren. Im Orient werde er angesichts der Mosulfrage versuchen, sich mit Frankreich auszugleichen. Zusammenfassend hofft „Petit Parisien" auf eine englisch-französische Zusammenarbeit.

„Ere Nouvelle" erfährt, daß die englischen Konservativen keineswegs Miene zeigen, Frankreich gleichen, sie seien Freunde des Friedens. Die Zeiten Pitts seien vorbei. Baldwin habe Lloyd George im Unterhaus geschlagen, wird schreiben Dreinkrieg weilte. Die Tories werden nicht die Politik machen, die Frankreich will, aber ebenso wenig, die Frankreich fürchtet. „Quotidien" hat mit der Zurückweisung der Russischen Millionen über die innerpolitischen Fragen Rätselkreit der Niederlage des Proletariats so viel zu tun, daß er das weitere nicht erörtert.

Zum Ausfall der englischen Wahlen schreibt „Temps", wie auch immer die Zusammensetzung des Kabinetts sein werde, das demnächst in London die Regierungsgeschäfte übernehmen werde, so müsse es doch Rücksicht nehmen auf die im Laufe der letzten Monate geschaffene Lage, die die Verantwortlichkeit Großbritanniens wie die der anderen Mächte engagiert habe. So würden die in London getroffenen Abmachungen, die sich auf die Ausführung des Dawes-Plans beziehen, auf jeden Fall bestehen bleiben. Der englisch-russische Vertrag werde ratifiziert, wenn die Fassung nicht ratifiziert werden, man müsse sich auch fragen, welche Haltung Großbritannien demnächst hinsichtlich des Genfer Protokolls und der Entwaffnungskonferenz einnehmen werde, denn die Politik Mac Donalds in Genf sei von der gesamten englischen Presse kritisiert worden. Schließlich müsse man sich fragen, welche Folgen der Sieg der Konservativen auf die Sympathien der deutschen Reichstagswählen ausüben werde. Das seien ernste Sorgen für die unmittelbare Zukunft.

„Journal des Débats" führt aus: Die augenblickliche europäische Verwirrung und die besonderen Verlegenheiten Englands erklären sich vor allem aus einem Schlagwortsgegensatz zwischen Rechts und Links. Wir können nicht leugnen, daß Baldwin im Herbst 1923 in Frankreich bedauernswerte Entäuschungen erlebt hat, und auch wir hegen, daß er Grund zur Unzufriedenheit mit uns hat.

Der Völkerbund wird billiger.

Genf, 1. 11. (W. T. B.) Die Kommission für die Beratung der Vorschläge des Völkerbundsrates gestern und heute zu Ende. Es wird vorgeschlagen, die neuen Völkerbundsmitglieder Santo Domingo auf eine Kinder- zu setzen. Die infolge der Wiederaufnahme der argentinischen Beitragszahlungen 35 weitere Kinderlein tot werden, Fernste die Kommission die Beiträge eines Anzahl von Staaten, nämlich China, Indien, Brasilien, Großbritannien, Portugal, Persien, Peru, Spanien und der Länder der Kleinen Entente, um einige Einheiten herabsetzen. Drei Vorschlägen wurden unter die Gesamtheit der Völkerbundsmitglieder verteilt.

Die Mandatskommission „nimmt Kenntnis".

Genf, 1. 11. (W. T. B.) Die Mandatskommission des Völkerbundes beendete heute die Prüfung des französischen Mandatsberichts über Syrien und den Libanon, nachdem der französische Hochkommissar Le Gac (Mitteilungen über die Verwaltungsorganisation, die Rechtsprechung, Versammlungsfreiheit, Arbeiter, Handel, Industrie, Zölle und Haushalt im Mandatsgebiet) gemacht hatte. Die Kommission nahm hierauf Kenntnis von Petitionen der Bewohner Syriens und des Libanons, um dann die Beratungen über die Abänderung des Fragebogens zu beginnen, der dieses Jahr den Mandatsbehörden vorzulegen ist.

793 Kontrollbesuche!

(W. T. B. meldet:

In der Zeit vom 8. September, dem Beginn der Generalinspektion, bis zum 25. Oktober sind im ganzen 793 Kontrollbesuche durch die J.M.K.K. ausgeführt worden. Hiervon entfallen auf Truppenstäbe 136, Festungen, Uebungsplätze, Zeughäuser 117, Dienststellen in der Heeresverwaltung 89, Polizei 205, Fabriken 252.

*

Es ist an der Zeit, daß die Schnüffelei endlich aufhört. Alle Verdächtigungen waren grundlos.

Frankreichs innere Anleihe.

Herriot und sein Linkskartell.

sf. **Paris**, 1. 11. (Eigenbericht.)

Die dem französischen Linkskartell feindliche französische Presse bemüht sich, aus dem Zusammenbruch des englischen Linkskartells Gründe zu der Hoffnung abzuleiten, daß auch das französische Linkskartell bald zerfallen werde. Selbstverständlich erhofft diese und die ganze andere französische Presse trotzdem den Sieg eines deutschen Linkskartells.

Heute vormittag tritt der Nationalrat der Sozialistischen Partei zu einer zweitägigen Beratung zusammen. Es wird sich in der Hauptsache mit den Fragen beschäftigen, die das Parlament in den nächsten Monaten zu beraten haben wird, vor allem aber mit der Frage, ob die Sozialisten gegebenenfalls der aus Anlaß des letzten Eisenbahnerstreiks Gesetzgeleten.

Die Delegation der sozialistischen Partei, die auf Beschluß der sozialistischen Kammerfraktion in der Angelegenheit der Wiedereinstellung der entlassenen Eisenbahner gestern mit Herriot verhandelte, forderte den Ministerpräsidenten auf, sich in dieser Frage stritt an seine Regierungserklärung und den Wortlaut des Amnestiegesetzes zu halten. Man erklärt am Quai d'Orsay, daß die Antwort, die von den Direktoren der Eisenbahngesellschaften Herriot in dieser Angelegenheit gegeben worden ist, einen Erfolg der Regierung darstelle. Obwohl sie in der Sitzung der sozialistischen Kammerfraktion zu scharfen Auseinandersetzungen in dieser Frage gekommen war, da sich ein Teil der Abgeordneten um den Zugeständnissen der Eisenbahngesellschaften nicht zufrieden gab, hofft man, daß der nationale Kongreß der sozialistischen Partei sich der Ansicht der Regierung anschließen wird, so daß die Sozialisten der Regierung nicht aus diesem Grunde ihre Unterstützung entziehen würden.

Zur Frage der französischen Auslandsanleihe, die am 12. November zur Zeichnung aufgelegt werden soll, gab Finanzminister Clémentel folgende Erklärung ab:

Wir beginnen damit, die erste Operation zur finanziellen Gesundung und zur Währungsstabilisierung durchzuführen. Das strenge Gleichgewicht des Budgets wird uns die Unterbringung dieser Anleihe erleichtern und sicherlich eine günstige Rückwirkung auf die Stabilität der Kurs haben. Die Operation, die wir unternehmen, hat den Zweck, die Vergangenheit zu liquidieren und das Jahr 1925 vorzubereiten. Die Aufgabe dieser großen Konsolidierungsanleihe, die nach meiner Meinung so schnell als möglich vorgenommen werden soll, gestattet mir, zu sagen, daß das Unterschaunt seine Schwierigkeiten besitzt, wie sie bei Kriegsanleihen gefordert hat und wie sie auch jetzt noch bestehen, in Zukunft kennen wird.

„Journal Officiel" veröffentlicht heute die genauen Bedingungen über die Emission der neuen französischen inneren Anleihe. Die Schatzscheine, um die es sich handelt, werden mit 5% verzinst. Die Rückzahlung der Schatzscheine erfolgt zu 100%. Die neuen Schatzscheine sind steuerfrei und auch die Rückzahlungsprämie ist von der Einkommensteuer befreit. Der Emissionspreis ist pari. Zeichnungen werden lediglich im inneren Frankreich entgegengenommen. Die Gesamtsumme beläuft sich, wie gemeldet, auf 500 Millionen Franken.

Mussolinis Siegesfeier.

fr. **Rom**, 1. 11. (Eigenbericht.)

4 Luftschiffe und 150 Flugzeuge haben am Schauflugen über der Hauptstadt teilgenommen. Es waren alle Gattungen und Größen von Militärflugzeugen vertreten. Das Fliegen dieses Apparate bot der Bevölkerung ein großartiges Schauspiel. Nachmittags wurde die Jahresfeier der Faschisten durch eine Versammlung im Theater Augustus geschlossen, wobei Mussolini eine improvisierte Ansprache hielt und sagte, der Kampf sei auf der ganzen Linie gewonnen. Gerade gestern sei der andere Flügel der Intransigenten an der faschistischen Front zusammengebrochen. Bald werde die Opposition einsehen, daß es unnütz und töricht ist, auf Marmor zu beißen. Eines Tages wird auf dem Kontin die weiße Flagge gehißt werden und die Oppositionsangehörigen werden uns um Nachsicht bitten. Wir warten ruhig diesen Augenblick ab.

„Giornale D'Italia" verzeichnet das Gerücht, daß sich noch vor Beginn der Kammerverhandlungen eine neue Gruppe von der Regierungsmehrheit abtrennen werde, um eine konstituierende demokratische Partei zu bilden, welcher Giolitti, Orlando und etwa 30 andere Abgeordnete angehören würden. Nach den Blättern sind sich die Kommunisten noch nicht darüber einig, ob sie wieder den Zugang der Kammer beimohnen sollen oder nicht. Es scheint, als ob die ausschlaggebenden Faktoren der kleinen Fraktion, die nur 18 Abgeordnete zählt, gegen die Beteiligung an den Kammerberatungen sein.

Die Deutschen gegen Benesch.

Prag, 1. 11. (Tschechoslowakisches Pressebureau.)

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses wiederholte der Präsident den einen Drohschlage erlesenen tschechischen sozialdemokratischen Abgeordneten Czernak einen vom Fusche stehend angehörten Ausruf. Das Haus setzte sodann die Debatte über die Regierungserklärung fort. Die deutschen Abgeordneten, die zunächst zu Wort kamen, lehnten das Gesetz des Außenministers, dessen Politik sie das schärfste Mißtrauen entgegenbrächten, ab. Der deutsche Nationalsozialist Knirsch sagte, das größte Hindernis, das sich der Friedensentwicklung entgegenstelle, seien die Friedensverträge, welche aufgehoben seien auf der schändlichsten aller Lügen unserer Zeit, auf der Lüge der Kriegsschuld Deutschlands.

De Valera wieder ins Gefängnis.

Belfast, 1. 11. (Reuter.) **De Valera wurde zu einem Monat Gefängnis verurteilt.**

Neue Erfolge Chang Tso-lins.

Wu Pei-fus Niederlage bei Shanhaikwan.

London, 1. 11. (W. T. B.)

Reuter erfährt aus Tokio, daß nach einem von Chang Tso-lin veröffentlichten Kommuniqué die Truppen der Mandschurei die Städte Shangtaik-wan, Schinwangtao und Peitaiho einnahmen, 30 000 Chihlianhanger gelangen nahmen und 100 Kanonen erbeuteten.

Paris, 1. 11. (W. T. B.) „Chicago Tribune" berichtet aus Peking, eine bedrohliche Lage habe sich in Tientsin, wo Wu Pei-fu sein Hauptquartier aufgeschlagen habe, entwickelt, da Zunsende von Soldaten bei Shanhaikwan geschlagenen Armee auf Tientsin in Anmarsch seien.

*

Chang Tso-lin hatte, als Wu Pei-fu die Front bei Shanhaikwan verließ, um gegen Marschall Feng eine neue Front bei Tientsin zu bilden, am 28. Oktober einen Vorstoß mit seinem rechten (westlichen) Flügel unternommen. Dieser ging bei Pungtingsin über die große Mauer und schwenkte dann nach Osten in Richtung Lanchow ein. Dadurch wurden von Wus Armee gegen 30 000 umzingelt und gefangengenommen. Der Rest entkam mit der Bahn über zu Schiff und gestaltet jetzt die Lage bei Tientsin gefährdend für Wu, der bei Losa nördlich Tientsin steht.

Die neue Pekinger Regierung.

New York, 1. 11. (T. U.)

Wie aus Peking gemeldet wird, ist dort unter General Huangsu die neue Regierung gebildet. In Tientsin sind englische Truppen eingetroffen, die den Schutz der alten russischen Konzessionen übernehmen, während die alten deutschen Konzessionen von Amerikanern geschützt werden. Im Hafen liegen amerikanische, englische und japanische Kriegsschiffe.

Eine neue Proklamation Kyrills.

München, 31. 10.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten" veröffentlichen den Antwort des Großfürsten Kyrill auf das Schreiben der Kaiserin-Mutter Maria Feodorowna an den Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch. Der Großfürst erklärt u. a.: Sobald der letzte Zweifel über das Hinscheiden der mir in der Erbfolge vorgehenden Mitglieder unseres Hauses gehoben war, betrachtete ich es als meine Pflicht, an deren Stelle zu treten und das Banner zu erheben, das ihnen Hahnen entrissen worden war. So lautet das Gesetz, so verlangen es die Weisungen, die ich von meinen mächtigen Vorvätern übernommen habe. Mich kann der Hinweis, daß die Staatsgewalt in Zukunft nur mit Zustimmung des Volkes ausgeübt werden könne, nicht beirren. In dem ich das Gesetz erfülle, tue ich diesen Willen des Volkes keine Gewalt. Ich verkünderte, daß nach dem Gesetz ich der Kaiser bin, den Gott dem Volke gesetzt hat.

Pilsen, 31. 10. Der Ausschuß des allslawischen Verbandes veranstaltet eine öffentliche Sammlung zugunsten eines Fonds für den Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch.

Jüdische Siedlungen in Sowjetrußland.

Charkow, 1. 11. Aus einem Bericht des Landwirtschaftskommissariats geht hervor, daß das Kommissariat 30 000 Dessjatinen Bodenfläche in den Gouvernements Odessa und Jekaterinoslow für jüdische Kolonien zur Verfügung gestellt hat, auf denen 3000 jüdische Familien angesiedelt werden. Die Ansiedlung beginnt im Frühjahr. Nach Angaben des Kommissariats bemühen sich 400 000 jüdische Familien darum, Grund und Boden zu erhalten.

Der ukrainische Landwirtskommissar hat wegen Ansiedlung eines Teiles dieser Familien auf der ferien Kolonisationsfläche in der Krim, in der Wolgagegend und in anderen Bezirken mit der Zentralstelle in Moskau Vereinbarungen getroffen.

Ausbehnung des brasilianischen Aufstandes.

New York, 1. 11. (Durch Funkspruch.) Aus Buenos Aires wird gemeldet, daß die brasilianischen Garnisonen von Santo Angelo, Sao Luiz, Cruz Alta und Sao Nicolau im Staate Rio Grande do Sul sich der aufständischen Bewegung angeschlossen und die betreffenden Städte in Besitz genommen haben.

Rio Janeiro, 1. 11 (W. T. B.) Aus Buenos Aires wird gemeldet, daß die brasilianischen Aufständischen im südlichsten Staate Rio Grande do Sul die Städte Uruguayana, San Borja und Itaqui im Gebiet Bürsel Brasiliens besetzten. Die brasilianischen Häfen längs des Uruguay-Flusses im Staate Rio Grande do Sul wurden abgesperrt.

Kurze Nachrichten.

Belgrad, 31. 10. In Spalato lief das **nordamerikanische**, vom Admiral Andrews befehligte **Geschwader** ein. Der Admiral wurde im Rathaus empfangen, wo der Bürgermeister ihm das Diplom eines Ehrenbürgers der Stadt überreichte.

London, 31. 10. Nach einer Reutermeldung aus Teheran ist ein **britischer Unteroffizier** nahmens Kor in Kermanschah (?) **ermordet** worden, der angeblich vorher einen Einwohner des Orts angegriffen hatte.

Cheshda, 31. 10. Die einheimischen Stämme haben dem Kaiser Haile Sias Unterstützung gegen die **Wahhabiten** angeboten.

Southampton, 31. 10. Der **Prinz von Wales** ist heute nachmittag von seiner Reise nach den Vereinigten Staaten und Kanada hierher zurückgekehrt.

Buenos Aires, 1. 11. Die Budget-Kommission der Kammer hat die Streichung der Beträge für die Aufrechterhaltung der eigentlichen **Gesandtschaft beim Vatikan** beschlossen.

Moskau, 1. 11. Heute findet der erste Postzug zwischen Moskau und Teheran statt.

Paris, 1. 11. (T. U.) „Journal" erfährt aus Madrid, daß die beiden Generale Berenguer und Ferradiz zu sechs Monaten Festungsarrest verurteilt worden sind, weil sie Montag abend an einem Bankett teilnahmen, auf dem Ansprüchen gegen das Direktorium gehalten wurden. Die beiden Generale haben bereits ihre Strafe angetreten.

Palais Bourbon.

Von unserem Berichterstatter.

sf. **Paris**, Ende Oktober.

Am 4. November versammelt sich nach längeren Ferien die französische Volksvertretung. Das Interesse wendet sich besonders der Kammer zu, denn man wird nun Gelegenheit haben, die Sieger vom 11 Mai an der Arbeit zu sehen. Zwar hat diese Kammer bereits seit dem 1. Juni ihre Erklärungsbrief gelesen, doch hat die gehobene Stimmung dieser Tage das wahre Wesen des neuen Hauses nicht hervorreten lassen. In der Beratung des vorher Geschehenen war sich die neue Mehrheit einig, und eigene Arbeit lag noch nicht vor. Die kurze Session im Sommer ging zu sehr unter dem Eindruck der Londoner Tagung. Seither aber ist vieles geschehen. Die neue Regierung ist nun einige Monate im Amte; so hat ihre außen- und innerpolitische Lage gezeigt und hat eigene Taten aufzuweisen. Sie hat ganz besonders ihr eigenes erstes Budget aufgestellt, und Herriot wird Genf wird genug zu loben und zu tadeln haben.

Ueberdies scheint es zwischen dem Senat und der Kammer zum Messen der Kräfte kommen zu wollen. Der Senat hat in den letzten Monaten relativierend gewirkt, und er hat sich damit in der Kammer prinzipielle Feinde geschaffen. Es wird gegen ihn das Schlagwort angewendet, daß er sich der Kammer nicht unterlegen dürfe, denn er berufe auf einem beschränken und indirekten Wahlrecht, während die Kammer aus dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht hervorgeht. Und man erinnert sich der Bestimmung, daß der Senat das von der Kammer abgeänderte Budget nicht wieder herstellen dürfe, wenn die Frage entspringt, ob der Senat berechtigt sei, eine Regierung zu stürzen, indem er ihr sein Vertrauen entzieht. Theoretisch mag die Sache zweifelhaft sein; in der Praxis hat der Senat bereits Regierungen zum Rücktritt gezwungen, und er dürfte sich dieses Recht, wenn es auch nur vielleicht ein Gewohnheitsrecht sein dürfte, nicht ohne weiteres nehmen lassen. Anlaß zur heftigsten Auseinandersetzung dürfte die Botschaft beim Vatikan werden. Bekanntlich haben Senat und Kammer gemeinsam dieser Stelle zu unterstützen Vertretung der jetzt wieder betont laitisch gewordenen Republik beim Heiligen Stuhl geschaffen. Die Kammer scheint nun geneigt, entsprechend dem Beschlusse ihrer Opposition, die Botschaft zu streichen, womit die weitere Existenz dieses Amtes unmöglich würde, ohne daß der Senat die Möglichkeit hätte, dagegenzutreten. Ebenso kann die nicht weniger umstrittene Botschaft in Moskau aufgestellt werden, wenn nur die Kammer das Geld bewilligt, und so könnte noch vieles geschehen ...

Die Verschiebungen in der Stärke der einzelnen Kammerparteien und die Neugruppierung der Regierungsmehrheit haben zu einem grundlichen Umbau der Inneneinrichtung des Palais Bourbon Anlaß gegeben. Die allgemein verbreiteten Bezeichnungen „rechts" und „links" sowie „Mitte" sind beibehalten worden, wenn auch Gruppen und Fraktionen nicht äußerlich wie etwa im Deutschen Reichstag. Je mehr der Franzose der Kirche, der Monarchie oder einer kraft organisierten Republik mit starken Stellbeetten zuneigt, desto weiter rechts sitzt er, und je weniger er sich für diese Begriffe erwärmt, desto mehr links wählt er seinen Platz. Mit der Frage des rechts oder weniger heißen Nationalgefühls haben die Ausdrücke „rechts" und „links" nichts zu schaffen.

Wenn man die neue französische Kammer vom Platz des Präsidenten aus betrachtet, findet man die zehn Parteien folgend gruppiert: Ganz rechts sitzen die 26 Kommunisten, die sich als SFIC, section française internationale communiste, bezeichnen. Nämlich engst angeschlossen, seelisch meilenweit getrennt, befinden sich dicht neben den Mosfauern die 104 Mann der offiziellen Sozialdemokratie, welche sich SFIO, section française internationale ouvrière, nennen. Sie bilden die in den letzten Monaten vielgenannte Unterstützungstruppe der Regierung Herriot; an der Macht sind sie nicht beteiligt. Hierauf folgen die 43 republikanischen und französischen Sozialisten, die sowohl Ministerium beteiligt sind, als sie auch den Kammerpräsidenten, den bedeutenden Mathematiker Paul Painlevé, stellen. Hier schließt die Hauptgruppe der Regierung an, die 139 Radikalen und Radikalsozialisten. Sie greifen über den Mittelgang hinüber und verbinden so die Regierungshauptgruppe mit ihrem nicht ganz sicheren Flügel, den 40 Linksradikalen. Vor den Bänken dieser drei Parteien befindet sich die Ministerbank. Im Zentrum folgt nun die Opposition, die Zentrumsgruppe des Blockes. Da sind zu zählen die 43 demokratischen Linksrepublikaner, deren Name ebenso mit der vorbergehenden Regierungsgruppe, der Linksradikalen, anklingt, als die Parteien selbst verwandt sind. Dennoch läuft zwischen ihnen der Graben, der Opposition und Regierung trennt. Wem kann freilich nicht wissen, in welcher Richtung dieser Graben einmal überschritten werden wird. Hierauf folgen 38 Linksrepublikaner, dann die neunte bedeutende Gruppe der 14 Demokraten und endlich die stärkste Truppe der gegenwärtigen nationalen Minderheit, die Union der 104 republikanischen Linken, deren Bonapartisten sowie die eifrigsten Katholiken. Sie haben bei den letzten Wahlen die schwerste Niederlage erlitten, und sie beschuldigen den Bischof von Versailles, sich knapp vor der Entscheidung zugunsten der katholischen Republikaner ausgesprochen und damit die Spaltung zwischen diesen und den Monarchisten verbre